

Konferenz Österreich, Bayern und die neue deutsche Ampel – Reformen für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit

Montag, 09. Mai 2022 gegen 14:20 Uhr

Wirtschaftskammer (WKÖ) Österreich, Christoph-Leitl-Lounge (12.Stock)

Wiedner Hauptstraße 63, 1040 Wien

Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

auch ich begrüße sehr herzlich und freue mich über diese spannende Konferenz. Es ist schön, in diesen geradezu schicksalhaften Zeiten unter Freunden zu sein!

Österreich und Bayern verbindet eine verlässliche wirtschaftliche Partnerschaft, deren Ausmaß ich Ihnen anhand einiger weniger Zahlen verdeutlichen möchte.

Bayern hat im vorigen Jahr Waren im Wert von fast 16 Milliarden Euro nach Österreich exportiert. Österreich nimmt damit Platz drei unter den wichtigsten Exportmärkten für bayerische Waren ein. Vor Österreich rangieren hier nur noch die USA und China!

Bei den bayerischen Importen, die sich 2021 auf über 17 Milliarden Euro beliefen, liegt Österreich sogar hinter China an zweiter Stelle. Damit ist Österreich in Summe auch der zweitwichtigste Handelspartner Bayerns.

Die Wertschöpfungsketten bayerischer und österreichischer Unternehmen sind, zum Beispiel in der Automobilindustrie, engstens verzahnt. Ebenso sind Arbeitsmärkte und Infrastrukturen auf das Engste verbunden.

Die überragende Bedeutung Deutschlands für die österreichische Wirtschaft zeigt sich darin, dass rund ein Drittel des österreichischen Außenhandels mit der Bundesrepublik erfolgt. Nach unserer Studie *Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Europa* sind die Importe Deutschlands für fast sieben Prozent der österreichischen Wertschöpfung verantwortlich und sichern in Österreich 286.000 Arbeitsplätze. Beeindruckende Zahlen, wie ich finde!

Unter diesen Vorzeichen versteht es sich von selbst, dass die politischen Rahmenbedingungen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren

beiden Ländern haben. Diese Rahmenbedingungen schafft in Deutschland die rot-grün-gelbe Ampelregierung, die mittlerweile fast auf den Tag genau fünf Monate im Amt ist – für uns eine genauso neue Konstellation wie Schwarz-Grün hier bei Ihnen in Österreich.

Grundlage der Ampel-Arbeit soll der Koalitionsvertrag mit der Überschrift „Mehr Fortschritt wagen“ sein, den wir uns als Bayerische Wirtschaft natürlich sehr genau angesehen haben. Ich will an dieser Stelle nicht tiefer in die Bewertung einsteigen, sondern nur unser Fazit nennen: Das Glas ist halbvoll. Es gibt viel Licht in dieser Vereinbarung, aber auch viel Schatten – die nachfolgenden Referenten werden sicher noch darauf zurückkommen.

Unser Präsident Hatz hat es aber vorhin schon zum Ausdruck gebracht: Der Ampel-Vertrag ist im Angesicht der neuen weltpolitischen Realität an entscheidenden Stellen ein Papier von

gestern. Bundeskanzler Scholz hat in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine von einer „Zeitenwende“ gesprochen, was bedeutet: „Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“.

Meine Damen und Herren,

das gilt auch für Deutschland! Wichtig ist jetzt: Wir brauchen einen neuen, massiven Fokus auf eine aktive Industriepolitik!

Drei Dinge sind dabei besonders wichtig:

Erstens: Im Zentrum der Industriepolitik muss jetzt zu allererst – und zwar dringend – die Energiepolitik stehen.

Wir müssen die Unabhängigkeit von russischer Energie so schnell und weit als möglich vorantreiben. Dazu gehört auch, die Gasspeicher so gut es geht aufzufüllen.

Das Motto muss hier sein: Spare in der Zeit,
dann hast Du in der Not!

Für uns in Bayern ist deshalb auch sehr wichtig,
dass unser in Österreich gelegener Speicher
Haidach nach und nach wieder befüllt wird. Wir
hoffen und bauen hier auf die Unterstützung
durch Österreich!

Wir müssen zudem ein Gas-Embargo gegenüber
Russland unbedingt vermeiden. Ich bin froh,
dass die deutsche Bundesregierung ebenso wie
die Bayerische Staatsregierung hier bislang
standhaft geblieben ist! Denn die Folge wäre
eine Rezession bei uns.

Sanktionen machen aber keinen Sinn, wenn wir
uns damit selbst mehr schwächen als Putin. Wir
brauchen eine starke und stabile Wirtschaft,
wenn wir die Ukraine weiter unterstützen und
den Druck auf Russland aufrechterhalten
wollen!

Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um Gas in der Stromerzeugung einzusparen. Gleichzeitig muss jetzt gelten: Volle Kraft auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien! Ob Wasserkraft, ob Biomasse, ob Fotovoltaik oder Windenergie – jeder Neu- und Ausbau hilft uns weiter!

Natürlich muss es dringend auch zu Entlastungen bei den Energiekosten kommen. Dazu gehört für uns ein temporäres Aussetzen der Energiesteuer bis Jahresende genauso wie eine Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtliche Minimum.

Zweitens: Wir müssen das Geschäftsmodell Deutschland zwar anpassen, aber nicht grundlegend verändern.

Das deutsche Geschäftsmodell basiert auf einer hohen Industrie- und Außenhandelsorientierung. Die aktuellen weltwirtschaftlichen Instabilitäten treffen uns deshalb heftiger als

andere Volkswirtschaften. Ja, es gibt Anpassungsbedarf:

- Wir müssen wachsamer sein.
- Wir müssen stärker als in der Vergangenheit darauf achten, einseitige Abhängigkeiten gegenüber schwierigen Handelspartnern zu vermeiden.
- Wir müssen unsere Zuliefer- und Absatzmärkte diversifizieren
- und wir müssen auch darüber nachdenken, einige besonders wichtige Produkte wieder vor Ort zu produzieren.

Aber: Wir dürfen nicht vergessen, dass unser deutsches Geschäftsmodell auch ein wesentlicher Grund für unser hohes Wohlstandsniveau ist! Deshalb dürfen wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Meine Damen und Herren,

das Wirtschaftsmodell Deutschland ist beileibe nicht überholt. Es hat Zukunft! Wir müssen weiter auf Internationalisierung und auf die Industrie setzen!

Keinesfalls dürfen wir den Fehler begehen, jetzt etwa auf einen „aggressiven“ handelspolitischen Kurs gegenüber Ländern wie China umzuschwenken, oder gar versuchen, alles künftig nur noch im eigenen Land herzustellen! Damit würden wir vor allem uns selbst am meisten schaden!

Drittens: Wir brauchen ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft.

Wir müssen, um es neudeutsch auszudrücken, unsere Wirtschaft „enablen“, die Krise zu meistern. Dazu müssen wir dringend weg vom bisherigen Kurs, den Unternehmen ständig neue Belastungen zuzumuten. Diese Politik muss jetzt ein Ende haben!

Zu einem Belastungsmoratorium gehört insbesondere, dass wir Arbeit nicht noch teurer machen dürfen als sie ohnehin schon ist.

Deshalb müssen wir die Lohnnebenkosten im Griff behalten. Und es gilt, eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern. Die Lohnpolitik darf daher nicht dazu beitragen, die ohnehin schon viel zu hohe Inflation weiter anzuheizen.

Wir brauchen auch ein Stoppschild für die überbordende Bürokratie, die unseren Unternehmen immer mehr lähmt. Hier ist vor allem Brüssel am Zug. Das betrifft unter anderem die Sustainable-Finance-Regulierung, die soziale Taxonomie oder auch die Brüsseler Pläne für eine Lieferkettenregulierung.

Klar ist: Wir brauchen Europa, aber wir brauchen hier ein besseres Europa. Es liegt an uns, gemeinsam dafür einzutreten und in Brüssel dafür zu kämpfen. Österreich und Bayern, ich habe es eingangs auch mit Zahlen

ausgeführt, sind ein starkes Stück Europa, und dementsprechend sollten wir auch handeln!

Meine Damen und Herren,

die Zeitenwende, von der der deutsche Kanzler gesprochen hat, findet statt und wir sind mittendrin. Deshalb sind jetzt auch politische Wendezeiten angebrochen, die den Regierenden viel Mut, auch zur Umkehr abverlangen.

Wir brauchen in erster Linie eine Wende hin zu einer Wirtschaftspolitik, die unnötige Belastungen von den Unternehmen fernhält und die Weichen für mehr und nachhaltiges Wachstum stellt. Dann kann diese Zeitenwende am Ende auch eine Wende hin zu einer besseren Zukunft sein, die wir uns sicher alle für uns und unsere Kinder wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!